Detailansicht des Regelungsvorhabens

Erhalt der Leistungsfähigkeit des Sicherheitsgewerbes zur Gesamtverteidigung im Friedens-, Spannungs- und Verteidigungsfall.

Aktuell seit 06.11.2026 11:05:43

Angegeben von:
BDSW Bundesverband der Sicherheitswirtschaft (R001706) am 06.11.2026

Beschreibung:
Wahrung der Interessen des Sicherheitsgewerbes, um dessen Beitrag zur Gesamtverteidigung nicht zu schwächen. Erhalt von Rechts- und Planungssicherheit durch Einführung eines Fragerechtes zum Reservestatus gegenüber Mitarbeitern. Verlängerung der Zustellungsfrist des Heranziehungsbescheides auf mindestens 12 Wochen. Sonderregelung für Waffenträger bzw. Beschäftigte des Sicherheitsgewerbes, die in KRITIS-Anlagen eingesetzt sind.

Zu Regelungsentwurf

1. **Bundestags-Drucksachennummer:**
   BT-Drs. 21/8407 (Vorgang) [alle RV hierzu]
   Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Reserve (Reservestärkungsgesetz - ResStG)
   Zuständiges Ministerium: BMVg [alle RV hierzu]

Betroffene Interessenbereiche (2)

Bundeswehrangelegenheiten [alle RV hierzu]
Verteidigungspolitik [alle RV hierzu]

Betroffene Bundesgesetze (1)

ResG [alle RV hierzu]

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. **SG2611060014** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 04.11.2026 an:

   Bundestag

   Gremien [alle SG dorthin]